

IW-Reformbarometer

Wachstumsklima verschlechtert

Die boomende Konjunktur kann nicht verdecken, dass einige der jüngsten Reformmaßnahmen der Bundesregierung dem Wachstums- und Beschäftigungsklima in Deutschland alles andere als zuträglich sind. Dies belegt das Reformbarometer des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW). Ausgehend von seinem Startwert von 100 Punkten im September 2002, hatte es im April 2007 ein vorläufiges Rekordhoch von 113,6 Zählern erreicht. Seither fiel das Barometer jedoch auf im Juni gemessene 109,6 Punkte.

Verantwortlich für diese Trendwende ist zum einen die Arbeitsmarktpolitik – der entsprechende Teilindikator des IW-Reformbarometers ist seit Januar 2007 um gut 9 auf 125,7 Punkte abgestürzt. Der Grund: Die Einigung der großen Koalition, bundesweit branchenspezifische Mindestlöhne einzuführen, bedroht Arbeitsplätze im Niedriglohnssektor. Als kostspieliger Aktionismus dürfte sich unter anderem auch der beschlossene Beschäftigungszuschuss für schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose erweisen. Denn die Erfahrung lehrt, dass solche Zuschüsse in der Regel die Chancen der Geförderten auf einen regulären Job verschlechtern.

Zum anderen verhaselt auch die Sozialpolitik die Bilanz der Bundesregierung – der Indikator für die soziale Sicherung rutschte im Juni 2007 von 101,2 auf 93,9 Zähler. Schuld ist die kaum nachhaltige Pflegereform, die im Wesentlichen nur zusätzliches Geld in ein nicht mehr zukunftsfähiges Umlagesystem pumpt und die Beitragszahler zur Kasse bittet.

Gesprächspartner im IW: **Dr. Benjamin Scharnagel, Telefon: 0221 4981-787**

IW-Reformbarometer

Reformtief im Konjunkturoch

Die Wirtschaft brummt und die Beschäftigung nimmt zu. Doch statt den Arbeitsmarkt einfach laufen zu lassen, wirft ihm die Große Koalition mit den geplanten Mindestlöhnen neue Knüppel zwischen die Beine. Auch die angekündigte Pflegereform verschlechtert die Bedingungen für Beschäftigung und Wachstum. Daher fällt das Zeugnis für die Regierung zu Beginn der Parlamentsferien wenig erfreulich aus.

Die Große Koalition erlebt gerade rege Zeiten: Auf dem Arbeitsmarkt herrscht Leben, die Auftragsbücher der Unternehmen sind voll und die Verbraucher gönnen sich im aktuellen Konjunkturoch endlich wieder das ein oder andere Extra. Dennoch verhagelt ein kräftiges Reformtief die Bilanz zur Sommerpause (Grafik).

Seit Jahresanfang hat sich das Reformbarometer des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) um rund einen Zähler auf 109,6 Punkte verschlechtert. Noch im April kam es mit

113,6 Punkten auf seinen höchsten Wert seit September 2002.

Verantwortlich für die aktuelle Trendwende sind die jüngsten Beschlüsse zu branchenspezifischen Mindestlöhnen und zur Pflegeversicherung. Damit droht die Bundesregierung einige Erfolge zu verspielen, die sie sich mit der Unternehmenssteuerreform, der Rente mit 67 und der Haushaltskonsolidierung mühsam erarbeitet hat. Im Einzelnen:

Arbeitsmarktpolitik. Mitte Juni haben sich Union und SPD im Koalitionsausschuss darauf geeinigt, bundesweit branchenspezifische Mindestlöhne einzuführen. Dazu wollen sie das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf weitere Wirtschaftszweige ausdehnen und das Mindestarbeitsbedingungsgesetz ändern.

Das Entsendegesetz verpflichtet seit 1996 ausländische Firmen, die in Deutschland tätig sind oder ihre Mitarbeiter hierher schicken, die hiesigen Tarifvereinbarungen einzuhalten. De facto werden dadurch Mindestlöhne für das Baugewerbe und seit dem 1. Juli 2007 auch für die Gebäudereiniger festgelegt. Das Entsendegesetz soll außerdem künftig alle Wirtschaftszweige erfassen, die mindestens zur Hälfte tarifgebunden sind und beantragt haben, in seinen Geltungsbereich aufgenommen zu werden.

Auch für die übrigen Branchen plant die Regierung Mindestlöhne. Möglich macht dies das Mindestarbeitsbedingungsgesetz. Dieses Regelwerk gibt es schon seit 1952, wurde jedoch bisher nie angewendet. Es erlaubt der Bundesregierung, Mindestanforderungen an Entgelte und andere Arbeitsbedingungen festzulegen.

Allerdings bedrohen branchenweite Lohnuntergrenzen Arbeitsplätze im Niedriglohnssektor. Denn Firmen werden Jobs streichen, wenn deren Wertschöpfung nicht wenigstens dem Mindestlohn entspricht. Auch der Strukturwandel wird behindert, da geringer qualifizierte Arbeitnehmer mit vergleichsweise hohem Mindestlohn kaum bereit sein werden, in eine Branche mit einer niedrigeren Vergütung zu wechseln. Der Staat mischt

Die jüngsten Maßnahmen der Großen Koalition

Februar 2007

Unternehmenssteuerreform 2008

(tritt am 1.1.2008 in Kraft), u.a.

- Senkung der Tarifbelastung der Gewinne von Kapitalgesellschaften von 38,7 auf 29,8 Prozent
- Senkung der Tarifbelastung der einbehaltenen Gewinne von Personenernehmen von maximal 45,7 auf 29,8 Prozent
- Gewerbesteuer: Einschränkung der Abzugsfähigkeit bestimmter Kosten (Zinsen, Finanzierungsanteile von Mieten, Leasingraten und Pachten) vom Gewerbeertrag
- Einkommens- und Körperschaftsteuer: Einschränkung der Abzugsfähigkeit von Zinsen („Zinsschranke“)
- Besteuerung der Verlagerung betrieblicher Funktionen ins Ausland
- Einschränkung der Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter
- Abschaffung der degressiven Abschreibung

Einführung einer Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge

(tritt am 1.1.2009 in Kraft), u.a.

- Einführung eines einheitlichen Steuersatzes von 25 Prozent auf Kapitaleinkommen (Zinsen, Dividenden, Gewinne aus Aktienverkäufen, Investmentfonds und Zertifikaten)
- Abschaffung der einjährigen Spekulationsfrist für Kursgewinne aus Aktienverkäufen

Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements

(soll rückwirkend zum 1.1.2007 in Kraft treten), u.a.

- Erhöhung des Übungsleiterfreibetrags von 1.848 auf 2.100 Euro
- Einführung eines Steuerfreibetrags von 500 Euro für ehrenamtliche Nebeneinkünfte bei gemeinnützigen, mildtätigen und kirchlichen Organisationen
- Anhebung des Höchstbetrags für Vermögensstockspenden von 307.000 auf 1 Million Euro für Neugründungen und in bestehende Stiftungen

Juni 2007

Eckpunkte zur Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes

(Inkrafttreten unbekannt)

- Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf weitere Branchen, die mindestens zur Hälfte tarifgebunden sind
- Einführung eines Verordnungsverfahrens für Mindestlöhne, wenn sich Gewerkschaften und Arbeitgeber-

verbände nicht darauf einigen können, einen bundesweiten Branchentarifvertrag für allgemeinverbindlich erklären zu lassen

Eckpunkte zur Novellierung des Mindestarbeitsbedingungsgesetzes

(Inkrafttreten unbekannt)

- Einführung eines Verordnungsverfahrens für Mindestlöhne in Branchen, die zu weniger als 50 Prozent tarifgebunden sind

Perspektiven für Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen

(tritt am 1.10.2007 in Kraft), u.a.

- Beschäftigungszuschuss für Langzeitarbeitslose ab einem Alter von 18 Jahren mit mehreren Vermittlungshemmnissen: Lohnkostenzuschuss bis zu 75 Prozent des Bruttoarbeitsentgelts für 100.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze

Verbesserung der Qualifizierung und Beschäftigungschancen von jüngeren Menschen mit Vermittlungshemmnissen

(tritt am 1.10.2007 in Kraft), u. a.

- „Qualifizierungs-Kombi“ für Arbeitslose unter 25 Jahren, die keinen Berufsabschluss haben und schon mindestens 6 Monate arbeitslos sind: 12-monatiger Lohnkostenzuschuss in Höhe von 50 Prozent des Bruttoarbeitsentgelts (maximal 500 Euro); mindestens 15 Prozentpunkte des Zuschusses muss der Arbeitgeber für Qualifizierungsmaßnahmen ausgeben
- „Job-Bonus“ für Arbeitslose unter 25 Jahren, die trotz Berufsabschluss mindestens 6 Monate arbeitslos sind: 12-monatiger Lohnkostenzuschuss in Höhe von mindestens 25 und höchstens 50 Prozent des Bruttoarbeitsentgelts (maximal 500 Euro)

Eckpunkte zur Pflegereform 2008

(soll am 1.7.2008 in Kraft treten)

- Erhöhung der Pflegesätze in drei Stufen 2008/2010/2012
- Anpassung der Pflegesätze an die Preisentwicklung ab 2015
- Ausweitung des Leistungskatalogs auf Demenzerkrankte und Verbesserungen für Alzheimer-Patienten
- Einführung eines Anspruchs auf eine 6-monatige Pflegezeit
- Erhöhung des Pflegebeitrags um 0,25 Prozentpunkte auf 1,95 Prozent des beitragspflichtigen Einkommens zum 1.7.2008

Zusammenstellung: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 29/2007 Deutscher Institut-Verlag

sich also massiv in die Lohnfindung ein und hebt so die Tarifautonomie aus. Schließlich wird das Arbeits- und Tarifrecht wesentlich komplizierter und bürokratischer.

In die Kategorie „kostspieliger Aktivismus“ gehören außerdem der beschlossene Beschäftigungszuschuss für schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose („Job-Perspektive“) sowie der Qualifizierungs-Kombi und der Job-Bonus für junge Arbeitnehmer. Mit dem Beschäftigungszuschuss soll auf Kosten der Steuerzahler dauerhaft ein „sozialer Arbeitsmarkt“ subventioniert werden, der rund 100.000 schwer vermittelbaren Langzeitarbeitslosen eine sozialversicherungs-pflichtige Stelle bietet.

Grundsätzlich ist es zu begrüßen, wenn Erwerbslose eine Beschäftigung erhalten, statt lediglich Stütze vom Staat zu beziehen. Doch wie die Erfahrungen mit anderen Eingliederungszuschüssen und den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) gezeigt haben, verschlechtern sich in der Regel die Chancen der Geförderten auf eine reguläre Arbeit. Bei den Eingliederungszuschüssen für junge Arbeitnehmer sieht die Jobprognose nicht ganz so düster aus. Allerdings kommt es hier ebenfalls zu Mitnahme- und Verdrängungseffekten.

Seit Januar 2007 ist daher der Teilindikator Arbeitsmarktpolitik um gut 9 auf 125,7 Punkte abgestürzt.

Sozialpolitik. Auch in diesem Teilbereich verlor die Bundesregierung zuletzt deutlich an Boden:

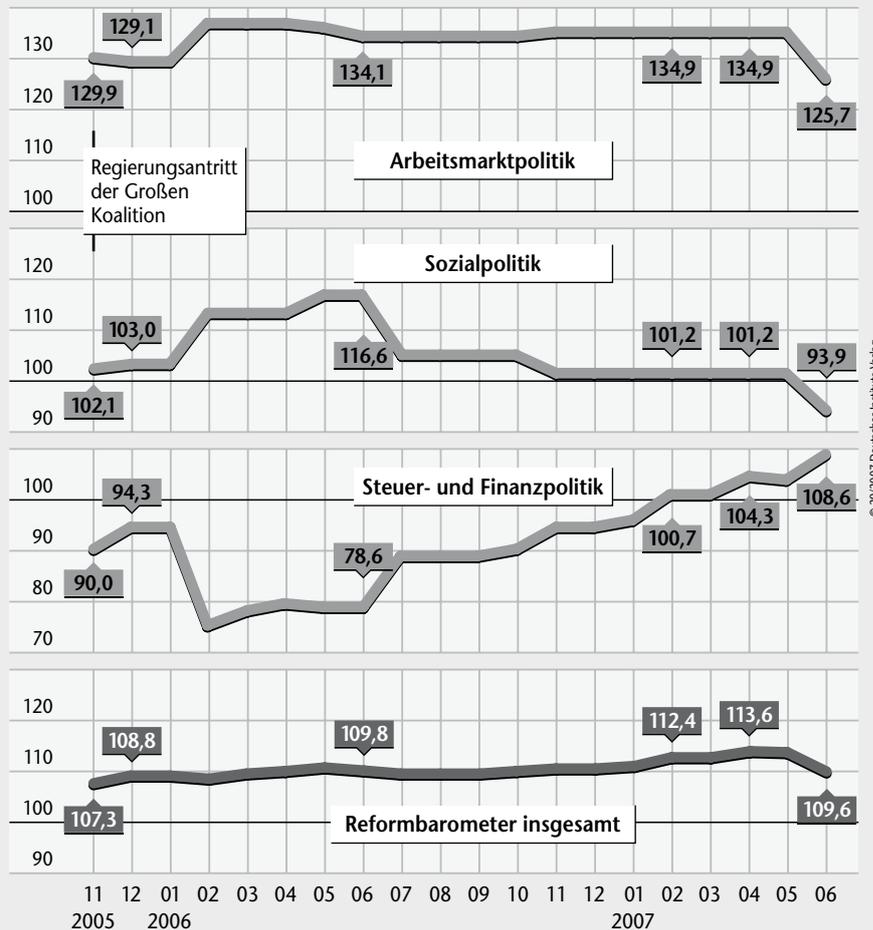
Der Indikator für die soziale Sicherung rutschte im Juni 2007 von 101,2 auf 93,9 Zähler.

Nach Renten- und Gesundheitsreform hat die Große Koalition jetzt das heiße Eisen Pflegereform angepackt. Doch weder für die Versicherten wird es besser, noch beseitigt die Reform die Fehler im System. Zum 1. Juli 2008 soll der reguläre Beitragssatz um einen viertel Prozentpunkt auf 1,95 Prozent steigen. Die Mehreinnahmen dienen dazu, die Pflegesätze zwischen 2008 und 2012 zunächst in drei Stufen zu erhöhen und ab 2015 regelmäßig an die Preisentwicklung anzupassen. Außerdem sollen neue Leistungen für Demenzkranke und Alzheimerpatienten finanziert werden.

IW-Reformbarometer: Tiefausläufer auf dem Arbeitsmarkt

Der Indikator beurteilt, inwieweit Reformvorhaben in der Arbeitsmarktpolitik, der Sozialpolitik sowie der Steuer- und Finanzpolitik die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland verändern. September 2002 = 100, Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung

■ Werte vorangegangener Messungen; April 2007: bisheriger Höchstwert des Gesamtbarometers



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 29/2007 Deutscher Institut-Verlag

Nachhaltig ist diese Pflegereform jedoch nicht. Die Große Koalition pumpt lediglich mehr Geld in ein Umlagesystem, das nicht zukunftsfähig ist. Denn immer weniger Einzahler müssen für immer mehr Pflegebedürftige aufkommen. Das vergrößerte Leistungsspektrum wird dieses Problem noch verschärfen.

Der Ausgleich dazu – die für Anfang 2008 avisierte Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 Prozentpunkte auf 3,9 Prozent – ist ein schwacher Trost. Denn bei schlechterer Konjunktur wird die Regierung wieder mehr zur Kasse bitten.

Steuer- und Finanzpolitik. Die Große Koalition profitiert davon, dass das Defizit von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen weiter zurück-

geht – 2007 voraussichtlich auf 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Insgesamt ist der Teilindikator für die Steuer- und Finanzpolitik seit Jahresanfang um knapp 13 Zähler auf 108,6 Punkte gestiegen.

Großen Anteil daran hat auch die Unternehmenssteuerreform. So sinkt die Tarifbelastung der einbehaltenen Gewinne von Kapitalgesellschaften und Personenunternehmen ab kommendem Jahr auf unter 30 Prozent. Allerdings entziehen die verschlechterten Abschreibungsbedingungen den Unternehmen Liquidität. Ein großes Manko bleiben auch die Besteuerung von Funktionsverlagerungen und – trotz letzter Änderungen im Gesetzgebungsverfahren – die Verschärfung der Zinsbesteuerung.